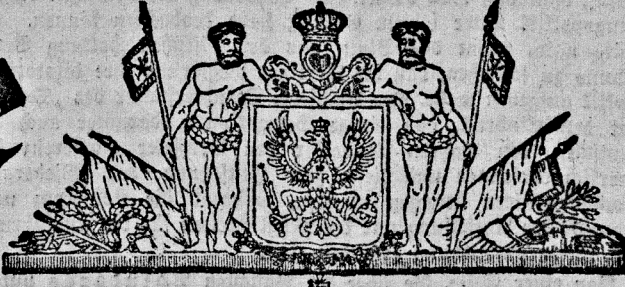


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen. Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen. Zeile 3 Mark u. 60% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag: Ullstein & Co. Chêfiredakteur: Georg Bernhardt. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Händst.): Jul. Elbaum. Ullsteinhaus, Ullsteinstr. 11. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 900 bis 11 852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Sparfamkeit in der Reichsverwaltung

Beratungen im Kabinett.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Reihe von Vorschlägen, die der Reichskommissar für die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reichsverwaltung in Verfolg des ihm erteilten Auftrags vorgelegt hatte.

Die Vorschläge, die der Reichskommissar im einzelnen begründete, beziehen sich insbesondere auf die vom Kabinett bereits seit längerer Zeit ins Auge gefasste Verminderung der Zahl der Ministerien, auf die Entlastung der Zentralbehörden von solchen Geschäften, die sachgemäß von nachgeordneten Behörden wahrgenommen werden können, auf die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den verschiedenen Reichsbehörden und zwischen den Reichs- und Landesbehörden. Der Reichskommissar betonte, daß die Fülle der Anträge auf Bewilligungen von Reichsmitteln für kulturelle, wirtschaftliche und selbst soziale Zwecke entschieden eingebremst werden müßte.

Der Reichsminister des Innern brachte sodann in einem Korreferat unter weitgehender Würdigung der vorgetragenen Grundgedanken auch diejenigen Momente zur Geltung, denen bei aller Sparfamkeit im Interesse der Gesundheit unseres gesamten staatlichen Lebens Rechnung zu tragen ist. Er legte dar, welche der durch die Reichsverfassung dem Reich zugewiesenen Aufgaben nach Lage der Verhältnisse keinen Aufschub vertragen und welche neuen und umfangreichen Arbeiten der Verwaltung in wirtschaftlicher und politischer Beziehung durch den Friedensvertrag und die Kriegsfolgen auferlegt werden. Er erinnerte an die übermäßige Belastung der Arbeitskraft der Ministerien durch die vermehrte Tätigkeit, die der Reichstag, der Reichswirtschaftsrat und der Reichsrat erfordern, und bezeichnete es als notwendig, eine Reform der Arbeitsweise dieser Stellen in die Erörterung einzubeziehen.

Der Minister betonte, daß es im Interesse unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht anginge, die Aufgaben auf dem Gebiete der Wissenschaft, Kultur und Sozialpolitik unterschiedslos zu unterdrücken. Den Schwerpunkt der Reformen sieht der Minister in einer weitgehenden Dezentralisation aller Arbeit, die nicht im Interesse unserer außen- und innenpolitischen Einheitlichkeit unter der unmittelbaren politischen Verantwortung der Reichsregierung geleistet werden muß, durch Abgabe an die den Reichsministerien nachgeordneten Stellen, Landesregierungen und Gemeinden.

Das Kabinett beschloß, bei der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Materie, die Minister zu schriftlichen Voten mit kurzer Frist darüber zu veranlassen, wie die Gesichtspunkte der Sparfamkeit und der notwendigen Erfüllung der Staatsaufgaben zu vereinigen sind. Nach Eingang dieser Voten wird das Kabinett alsbald weitere Stellung nehmen.

Zuschüsse zu den Wahlkosten.

Erfolg für Stimmzettel.

Zur Reichswahlgesetz ist vorgesehen, daß das Reich den Kreiswahlausschüssen einen gewissen Erfolg für die Kosten der Stimmzettel und deren Verteilung leistet. Mit Rücksicht auf diese Vorschrift hat das Reichsministerium des Innern dem Reichsrat eine Denkschrift zugehen lassen, wonach die Reichsregierung beabsichtigt, den einzelnen Parteien als Erfolg den Betrag von 15 Pfennigen für jede abgegebene Stimme zuzuwenden. Dieser Betrag wurde auf Grund eingehend begründeter Gutachten der Bundesräter-Zinnungen und mit Rücksicht auf die Verteilungskosten festgesetzt. Der Aufwand der Reichskasse wird sich angesichts der etwa 26 Millionen abgegebenen Stimmen auf rund 3,9 Millionen Mark belaufen. Hinzu kommen noch die Kosten der Wahlen in Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig-Holstein, so daß sich ein Gesamtbetrag von rund 4,3 Millionen Mark ergibt. Es sollen erhalten: die Mehrheitspartei 840 000 M., die Unabhängigen 735 000 M., die Deutschnationalen 555 000 M., die Deutsche Volkspartei 540 000 M., das Zentrum 525 000 M., die Demokraten 330 000 M. und die Bayerische Volkspartei 177 000 M.

Der Reichsrat hat dieser Regelung gestern zugestimmt.

Staat und Herzogshaus.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Braunschweig, 21. Dezember.

Im braunschweigischen Landtage gab Ministerpräsident Dexter die Forderungen bekannt, die das herzogliche Haus an den braunschweigischen Staat gestellt hat. Die herzogliche Familie, die jetzt in Gmunden wohnt, fordert das gesamte Kammergut, also alle Domänen, Bergwerke und Forsten im Gesamtwert von 250 Millionen Mark.

Unter dem angeforderten Besitz befinden sich u. a.: der neunte Teil der staatlichen Forsten, die Domänen Seimburg, Hesse, Stauffenburg, Fürstentagen, Greene, Widenen, Forst und Sippfingenburg; d. h. etwa den fünften Teil aller zum Kammergut gehörigen Domänen, Schloß Blankenburg und alle Hofstaatsgebäude und Gebäude in Blankenburg nebst ihrer Einrichtung, das Landgestüt in Bindheim bei Harzburg, alles Mobiliar in sämtlichen Hofstaatsgebäuden (auch des Landeschloßes zu Braunschweig), die Pferde des Harzburger Gestüts, die Pferde und Wagen des Marstalls usw. Für nicht mehr vorhandenes soll Ersatz in Goldwährung geleistet werden. Ferner werden die Landesbibliothek zu Wolfenbüttel, das Landesmuseum zu Braunschweig, die Esträdnisse der staatlichen Domänen, Forsten und Bergwerke seit der Revolution und endlich die Uebernahme sämtlicher Kosten, wie Abgaben, Steuern usw., die dem Herzogshaus durch die Abtretung der vorgenannten Werte erwachsen durch das braunschweigische Volk gefordert.

Das herzogliche Haus erklärt sich zum Vergleich bereit. Bei Ablehnung will es den Rechtsweg beschreiten.

Bei der Besprechung der Forderungen des Herzogshauses kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und zu Beschimpfungen des Herzogshauses durch Sprecher der Kommunisten, Unabhängigen und Rechtssozialisten. Diese erwarten von der Regierung die restlose Ablehnung der Forderungen. Der Redner der Rechten wies darauf hin, daß die Landesversammlung nicht berufen sei, darüber zu entscheiden, ob die Forderungen berechtigt seien. Die Frage sei nur zur Besprechung gestellt worden. Ueber die Rechtmäßigkeit der Forderungen habe die Rechtsprechung zu entscheiden. Die Demokraten erwarten, daß es sich dabei nicht nur um eine rechtliche, sondern auch um eine staatsrechtliche Frage handelt, die leidenschaftslos geprüft werden müsse. Zweckmäßig sei es, das Gutachten einer juristischen Kommission, wenn möglich, der juristischen Fakultät einer Universität, anzuhören. Die weiteren Beratungen wurden auf Mittwoch vertagt. Dann wird auch das vor einigen Tagen verkündete Regierungsprogramm zur Besprechung stehen, das bereits in der heutigen Debatte von verschiedenen Seiten einer Kritik unterzogen wurde.

Das bisherige Ergebnis von Brüssel.

Rückblicke und Aussichten.

Von

Alexander Reblitz,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Brüssel, 21. Dezember.

Die für morgen geplante Sitzung der Konferenz von Brüssel, die erste seit Sonnabend, wird auch vorläufig die letzte sein. Die Abreise der deutschen Delegation ist für Morgen mittag oder abend vorgezogen. Die Tagung der Konferenz wird unterbrochen, um im Januar, kaum vor dem 10., wieder aufgenommen zu werden. Gestern sind die Einzelbesprechungen beendet worden, die zwischen den deutschen Delegierten und den von alliierter Seite eingesetzten Referenten geführt wurden. Die Alliierten werden ihre Eindrücke aus diesen Unterredungen, soweit sie die Grundlage weiterer Verhandlungen bilden können, morgen der deutschen Delegation schriftlich überreichen.

Inzwischen wird auch die deutsche Antwort auf den Fragebogen der Alliierten überreicht worden sein. Es handelt sich um insgesamt 44 Fragen, wovon 36 ursprünglich von den Engländern formuliert und je vier von den Franzosen und Italiern hinzugefügt worden sind. Die deutschen Antworten sind sehr ausführlich. Auf alliierter Seite wird überhaupt anerkannt, daß die Wünsche der deutschen Delegation offen und umfassend sind.

So weiß man auch nicht, wie sich die Engländer gegenüber den Wünschen verhalten werden, die die Deutschen zur Hebung ihrer Leistungsfähigkeit formuliert haben. Diese Wünsche beziehen sich u. a. auf die Einstellung der Zahlungen zum Ausgleich der privaten Forderungen, auf die Freilassung sequestrierter Güter und die Freigabe noch nicht abgelieferter Handelsmontage. Andererseits ist natürlich auch angeregt worden, daß Frankreich, dem englischen Beispiele folgend, auf sein Recht verzichtet, frei zu erwerbende deutsche Guthaben in Frankreich zu sequestrieren. Meine bisherigen Eindrücke berechtigen zu der Annahme, daß ein Zugeständnis in diesem Punkte erreichbar ist, aber nur im Zusammenhang mit einer umfassenden Verständigung in der Reparationsfrage.

Es würde verfrüht sein, schon jetzt von einem Ergebnis der Beratungen zu sprechen, zumal eine eigentliche Initiative auf der Seite der Alliierten höchstens bei Frankreich zu bemerken gewesen ist. Der französische Gedankengang in den Reparationsverhandlungen ist in meinem letzten Telegramm ausführlich dargestellt worden. In seine Einzelheiten wurde bisher nicht eingegangen. Aber man hat auf deutscher wie auf französischer Seite den Eindruck, daß in den nächsten Wochen in die technische Beratung eines Systems der Naturallieferungen auf Reparationskonto eingetreten werden könnte. Nur eines ist dabei noch unerklärt, nämlich die Haltung der Engländer. Daß England dem Prinzip der deutschen Sachleistungen widerspricht, um die Wiedergutmachungsfrage zu Gunsten reiner Geldzahlungen zu beeinflussen, ist bekannt. Die reservierte Haltung, die die britischen Delegierten während der Konferenz bewahrten, gibt keinen Anhaltspunkt für die Vermutung eines Gesinnungswechsels. Privaten Informationen zufolge denkt man in englischen Kreisen bisher jedenfalls nicht daran, durch Kreditoperationen, bei denen der englische Staat beteiligt wäre, eine Verständigung in der

Wiedergutmachungsfrage zu fördern. Immerhin ist ein Gegensatz zwischen englischer und französischer Auffassung in den Verhandlungen selbst nicht zutage getreten, zumal nicht eigentlich verhandelt worden ist.

Die gegenseitigen freundlichen Eindrücke, das wiederholte Lob der Deutschen von Seiten der Alliierten, der zwanglose, einwandfreie gesellschaftliche Verkehr, all dies könnte leicht zu übertriebener Optimismus verleiten. Man darf aber nicht vergessen, daß alles Bisherige nur ein erstes Anfangsstadium ist, daß die schwierigsten Fragen noch gar nicht entschieden sind, und daß insbesondere England bisher geschwiegen hat. Aber eines ist erreicht: der Wille der französischen Regierung, sich mit Deutschland wirtschaftlich zu verständigen, ist nunmehr unzweifelhaft bezeugt und wird sicher auch von der deutschen Delegation anerkannt werden. Das Tempo der Franzosen hat auf deutscher Seite sogar etwas belämmend gewirkt. Kein Wunder, wenn man gezwungen ist, es an der Langsamkeit der Berliner Entscheidungen zu messen. Auf französischer Seite wiederum wäre man gern noch etwas weiter gekommen als bis zu der vorläufigen Hoffnung, daß Deutschland an einem Reparationsprogramm mitarbeiten werde. Man hätte am liebsten die Grundlinien des Programms schon jetzt fixiert und eine Uebereinstimmung der ganzen Konferenz in Form eines gemeinsamen Berichts mit nach Hause genommen. Die Engländer dagegen wollten ursprünglich, daß jede Delegation für sich allein an ihre Regierung berichte. Für das bescheidene Format, das die Engländer dieser Konferenz überhaupt zu geben gedenten, ist sehr bezeichnend, daß beispielsweise kein einziger englischer Pressevertreter hier erschienen ist. Nun hat man in der Frage des Berichts den gebräuchlichen Ansatz gefunden, daß nur die alliierten Delegationen einen gemeinsamen Bericht für ihre Regierungen ausarbeiten werden. Deutschland bleibt also zunächst, wie bisher, für sich allein. Immerhin kann man zusammenfassend sagen: Ein neues Tor zur Vernunft ist in Brüssel geöffnet worden.

Eingehende Prüfung der Probleme.

Brüssel, 21. Dezember. (Havas-Reuters.)

Die Interalliierte Sitzung von gestern nachmittag hat den Vertretern der alliierten Mächte gestattet, sich von dem Stande der Arbeiten in der Konferenz Rechenschaft zu geben. Bei dieser Zusammenkunft ist es klar geworden, daß die seit Sonnabend verfolgte Verhandlungsmethode, die in dem Austausch persönlicher Ansichten zwischen den beauftragten Delegierten der Alliierten und den deutschen Sachverständigen besteht, gute Früchte getragen hat. Inbes trotz beiderseitigem guten Willens, zu einem Ende zu kommen, sind die zur Besprechung stehenden Fragen derart kompliziert, daß sie eine vertiefte Prüfung und die Herstellung von Dokumenten erfordern, was die Besprechung etwas verzögert. Die französische Delegation hat um neue Erleichterungen nachsuchen müssen und daher ist Alvan, der Direktor des französischen Ausgleichsamtes, nach Brüssel gebeten worden und gestern eingetroffen. Chefferson hat zugleich aus Paris Informationen sowie ergänzende Instruktionen überbracht. Der Ministerpräsident hat ihm seine völlige Genugtuung über den guten Fortgang der Verhandlungen ausgedrückt.

Die Ergebnisse, die bis jetzt trotz des offensichtlichen Stillstandes der Verhandlungen erzielt worden sind, zeigen sich in zwei Richtungen: Auf der einen Seite sind sich die Alliierten darüber einig,